

Ukraine: LGBTI-Organisation verklagt homophoben Bischof

Queere Aktivisten verlangen eine Entschuldigung von einem der hochrangigsten Kirchenvertreter der Ukraine, weil er heiratende Homosexuelle für die Corona-Pandemie mitverantwortlich machte. Die Kirche droht mit Gegenklagen.

Die ukrainische LGBTI-Organisation Insight hat am Montag erklärt, dass sie wie im Vorfeld angekündigt bei einem Kiewer Gericht Klage gegen den orthodoxen Bischof Filaret Denyssenko, einen der hochrangigsten religiösen Anführer des Landes, eingereicht habe. Anlass war eine Äusserung des 91-Jährigen vergangenen Monat in einem Fernsehinterview, als der orthodoxe Ehrenpatriarch die Corona-Pandemie als "Gottes Strafe für die Sünden der Menschen" bezeichnet und insbesondere die gleichgeschlechtliche Ehe dafür verantwortlich gemacht hatte. Laut der Nachrichtenagentur Reuters ist dies die erste derartige Klage in einer Ex-Sowjetrepublik.



"Unser Ziel ist es zu zeigen, dass es keinen Platz mehr für derartige Äusserungen von Kirchenführern in der Ukraine gibt", erklärte Insight-Chefin Olena Schewtschenko. Ihre Gruppe wolle erreichen, dass sich der Patriarch entschuldigen und zugeben müsse, dass er mit der Aussage falsche Informationen verbreitet habe. Auf Facebook erklärte die Gruppe, ihr gehe es bei der Klage nicht um Geld, sondern um "Ehre und Würde".

Die Äusserungen Filarets war auch von Amnesty International scharf kritisiert worden. Diese würden zu einer Zunahme von Angriffen und Diskriminierung auf sexuelle Minderheiten führen, warnte Amnesty-Sprecherin Maria Gurijewa.

Kirche droht mit juristischem Gegenschlag

Die Orthodoxe Kirche hatte bereits vor der Klageeinreichung den LGBTI-Aktivisten gedroht, dass man eine Gegenklage gegen alle Beteiligten, "die traditionelle Familienwerte der Ukraine beeinträchtigen", in Erwägung ziehe. Kirchenvertreter hätten das Recht, ihre Meinungsfreiheit in Anspruch zu nehmen, insbesondere wenn diese "auf Moral basieren", so die Kirche in einer Pressemitteilung.

Nachdem die Ukraine 1991 unabhängig wurde, legalisierte das Land Homosexualität. Bis heute werden aber gleichgeschlechtliche Partnerschaften nicht anerkannt; das Verbot der gleichgeschlechtlichen Ehe ist sogar in der ukrainischen Verfassung verankert. Zwar zeigten sich Regierungsvertreter in den letzten Jahren vermehrt offen für LGBTI-Rechte, unter anderem wegen des Drucks aus der Europäischen Union. Allerdings gibt es noch immer häufig Übergriffe auf sexuelle und geschlechtliche Minderheiten. Vergangenen September jagten etwa Rechtsextremisten Teilnehmer des ersten CSDs in der Grosstadt Charkiw.